

Anträge

(schriftlich)

**9.21 Congress Award Graz
(GR Schlüsselberger, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Congress Award Graz würdigte Veranstalter:innen aus dem Bereich der Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie dem NPO-Bereich, die sich bei der Durchführung von Tagungen und Kongressen in Graz als Botschafter:innen der Stadt lokal, national und international verdient gemacht haben. Die Positionierung der Stadt Graz als Wirtschafts-, Forschungs- und Wissenschaftsstandort ist eng mit der regen Kongress- und Tagungstätigkeit verbunden und der Congress Award Graz drückte die Wertschätzung der Stadt Graz gegenüber Veranstalter:innen aus, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln in besonderem Maße um Graz verdient gemacht haben. Somit ist es verständlich, dass es viele Stimmen gibt, die eine Wiedereinführung für wichtig und richtig halten.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen die Möglichkeit der Wiedereinführung prüfen und eine Wiederauflage für das Jahr 2024 konzeptionieren.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.22 Haltestelle Hans-Auer-Gasse
(GR Schlüsselberger, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer an der Station Hans-Auer-Gasse der Linie 41 stadteinwärts oder auch stadtauswärts wartet, ist nicht nur der Witterung ausgeliefert, er muss dies auch im Stehen tun. Seit Jahren wird den Anwohner:innen schon eine Lösung für diese Haltestelle in Aussicht gestellt, geschehen ist jedoch nicht viel. Gerade für Menschen, die eine eingeschränkte Mobilität haben, ist eine Sitzmöglichkeit unumgänglich, wenn ein öffentliches Verkehrsmittel genutzt werden soll.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Sitzmöglichkeit- wenn möglich mit Wartehäuschen oder ein alternativer Unterstand - an der oben genannten Haltestelle umgesetzt werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.23 Wartehäuschen Stregengasse
(GR Schlüsselberger, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer an der Station Stregengasse auf die Linie 31 oder 62 wartet, ist der Witterung ausgeliefert - denn hier fehlt ein Wartehäuschen. Trotz der Umbauarbeiten wurde dies nicht berücksichtigt. Dabei hätte man im Zuge dieser ja die Möglichkeit gehabt, ein angepasstes Konzept zu erstellen, das einen Unterstand ermöglicht.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie ein Wartehäuschen oder ein alternativer Unterstand an der oben genannten Haltestelle umgesetzt werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.24 Rollstuhlschaukel und inklusive Spielplätze
(GR Leban-Ibrakovic, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Mit der Inklusionsstrategie der Stadt Graz, die heute im Gemeinderat beschlossen werden soll, bekennt sich die Stadt auf allen Ebenen zur Inklusion.

Vor allem für Kinder und für ihre optimale soziale, kognitive und körperliche Entwicklung ist es wichtig, Teil der Gesellschaft in allen Bereichen sein zu können. Es sollte selbstverständlich sein, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam spielerischen Aktivitäten nachgehen können.

Wie bereits im Antrag von GRin Marion Kreiner vom 30.3.2023 weisen wir noch einmal darauf hin, dass es einen dringenden Bedarf an inklusiven Spielgeräten auf den städtischen Kinderspielplätzen gibt.

Besonders eine Rollstuhlschaukel würde Kindern im Rollstuhl die Möglichkeit geben, ein bereicherndes Spielerlebnis zu erfahren und das Zugehörigkeitsgefühl stärken.

Die Kosten für diverse inklusive Spielgeräte belaufen sich zwischen 1.000€ und 10.000€. Die relativ geringen Kosten würden einen sukzessiven Ausbau von inklusiven Spielplätzen sicher möglich machen.

Der Motorikpark und der Panoramaweg am Schöckl zeigen bereits, wie Barrierefreiheit eine Bereicherung nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für Familien mit Kinderwägen oder ältere Menschen ist.

In zahlreichen anderen Städten in Österreich und Deutschland gibt es bereits inklusive Spielplätze, die als Beispiele herangezogen werden können.

Deswegen stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs den

Antrag:

- 1.) Die zuständigen Stellen mögen einen Masterplan für barrierefreie Spielplätze erstellen und dieser soll dem Gemeinderat bis spätestens März 2024 vorgelegt werden.

- 2.) Die zuständigen Stellen sollen erheben, welche Kosten zu erwarten wären, wenn jeder städtische Spielplatz zumindest ein inklusives Spielgerät bekommt. Dabei sollen besonders berücksichtigt werden:
 - a) Sandkisten in verschiedenen Höhen, damit dies auch als Sandspieltisch verwendet werden kann.
 - b) Nestschaukel oder Schaukelkorb
 - c) Rollstuhlschaukel
 - d) leicht zugängliche Rutschen
 - c) Rollstuhltrampolin

- 3.) Die zuständigen Stellen sollen erheben, ob und wie Barrierefreiheit momentan auf den Spielplätzen gegeben ist und einen Vorschlag erarbeiten, welche Maßnahmen für eine durchgehende Barrierefreiheit notwendig sind. Dabei sollen besonders berücksichtigt werden:
 - a) barrierefreie Erreichbarkeit
 - b) Sitzgelegenheiten und Abfallkörbe
 - c) WC-Anlagen, wenn noch nicht vorhanden
 - d) klare Wegbeschreibung
 - d) tastbare Orientierungspläne
 - c) geeignete Untergründe bei den diversen Spielgeräten

4.) Zumindest eine Rollstuhlschaukel soll ehest möglich in Graz installiert werden. Dafür mögen die zuständigen Stellen prüfen, welcher Ort geeignet wäre und ein passendes Angebot dem Gemeinderat bis März 2024 vorlegen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.25 Energie-Einspar-Contracting-Projekte für Grazer Bäder (GR Pointner, NEOS)

Die Wiener Bäder sind nicht nur für kostengünstigen Badespaß bekannt, sondern setzen auch einen starken Fokus auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Insgesamt erstrecken sich über 17.000 Quadratmeter Gesamtsolarfläche in den verschiedenen Freizeitanlagen, wovon beeindruckende 2.100 Quadratmeter allein für Photovoltaikanlagen genutzt werden. Doch damit nicht genug, die Bäder engagieren sich auch in Energie-Einspar-Contracting-Projekten, um ihre umweltfreundlichen Maßnahmen auszubauen.

Durch diese Energie-Einspar-Contracting-Projekte arbeiten die Bäder in Kooperation mit Fachfirmen zusammen, um innovative Energie- und Wassereinsparungsmaßnahmen zu entwickeln und voranzutreiben. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird durch die Firmen vorfinanziert, und die Rückzahlung erfolgt dann allein auf Basis der eingesparten Betriebskosten. Nach der durchschnittlichen Amortisationszeit gehen die technischen Anlagen schließlich in das Eigentum der Stadt Wien über. Für die beteiligten Firmen ist die Bezahlung rein erfolgsorientiert und hängt von den tatsächlichen Energie- und Wassereinsparungen ab.

Beeindruckende Erfolgswahlen sprechen für sich: An 16 Standorten wurden bereits bei einer Investitionssumme von rund 78 Mio. Euro massive Einsparungen erreicht.

Konkret wurden 35.271 MWh Energie und 1.073.647 m³ Wasser eingespart, was einer Reduzierung von beeindruckenden 6.883 Tonnen CO₂ pro Jahr entspricht. Diese Zahlen repräsentieren eine CO₂-Reduktion von über 50%, was bedeutet, dass die Wiener Bäder ihren CO₂-Ausstoß um die Hälfte reduziert haben. Doch damit nicht

genug, an drei weiteren Standorten sind derzeit weitere Energie-Einspar-Contracting-Projekte in Planung, die den Ausbau der Photovoltaikanlagen auf rund 2.000 m² (Leistung 435 kWp) und den Einsatz von Wärmepumpen (Gesamtleistung 1.440 kW) vorsehen, um die Dekarbonisierung weiter voranzutreiben.

Die umfassenden Maßnahmen im Leistungsumfang der Energiespar-Contracting-Projekte umfassen die Erneuerung der Badewassertechnik, den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen, den Einbau von effizienten Wärmetauschern, den Austausch veralteter Heizungspumpen, die Optimierung der Lüftungsanlagen, den Wechsel auf energieeffiziente LED-Beleuchtung, die thermische Sanierung der Fenster und Glasflächen sowie die Einführung von Beckenabdeckungen im Freibadbereich. All diese Maßnahmen tragen dazu bei, den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren und einen nachhaltigen Betrieb der Bäder zu gewährleisten.

Die Gesamtsumme aller Energiespar-Contracting-Projekte der MA 44 - Bäder beläuft sich auf rund 116 Mio. Euro, mit garantierten Einsparungen von etwa 44.000 MWh Energie und 1.161.736 m³ Wasser pro Jahr. Dies entspricht einer jährlichen CO₂-Einsparung von etwa 8.586 Tonnen oder 10,5 Mio. Euro. Diese Wassereinsparung entspricht dem Jahresverbrauch von rund 25.000 Menschen oder der gesamten Einwohner*innenanzahl des 8. Wiener Gemeindebezirks Josefstadt.

Die konsequente Umsetzung dieser nachhaltigen Maßnahmen wird die Gesamtsolarfläche in den Wiener Bädern nach Abschluss der aktuellen Projekte auf über 19.000 m² erhöhen – das entspricht einer Fläche von rund 3 Fußballfeldern. Diese beeindruckende Ausweitung der Solarkapazität unterstreicht das Engagement der Wiener Bäder für einen umweltfreundlichen und nachhaltigen Betrieb und stellt ein vorbildliches Beispiel für Klimaschutz und Nachhaltigkeit dar.

Auch in Graz wären solche Projekte sinnvoll - für die öffentliche Hand, private Unternehmen und insbesondere für das Klima.

Daher stelle ich gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, ein Konzept auszuarbeiten, um Energie-Einspar-Contracting auch in Grazer Bädern zu ermöglichen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.26 Kostenfreies Mittagessen an Grazer Pflichtschulen nach Wiener Vorbild
(GR Pointner, NEOS)**

Seit Beginn dieses Schuljahres wird kostenfreies Mittagessen an Wiener Pflichtschulen angeboten (<https://www.wien.gv.at/bildung-forschung/gratis-mittagessen-ganztagesbetreuung.html#:~:text=Seit%20Herbst%202023%20gibt%20es,Fortschrittskoalition%20auf%20eine%20weitere%20Ma%C3%9Fnahme>). Diese Initiative hat zum Ziel, dass kein Kind in der Ganztagesbetreuung an öffentlichen Pflichtschulen zurückgelassen wird. Jede Schülerin und jeder Schüler erhält dadurch Zugang zu einem warmen und gesunden Mittagessen.

Die Bereitstellung des Mittagessens bringt mehrere positive Effekte mit sich. Zum einen werden die Eltern finanziell entlastet, da sie nicht länger für die Verpflegung ihrer Kinder während der Schulzeit aufkommen müssen. Zum anderen trägt sie zur Chancengerechtigkeit bei, da dadurch alle Schülerinnen und Schüler - unabhängig ihrer sozialen Herkunft - gleiche Zugangsmöglichkeiten zu einer ausgewogenen Ernährung haben. Dies kann wiederum die kognitive Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessern.

Die Einführung kostenfreier Mittagessen an Schulen in Graz hat deshalb das Potenzial, die Bildungschancen der Kinder in der Stadt positiv zu beeinflussen. Jeder Cent in die Bildung ist eine wertvolle Investition in die Zukunft kommender Generationen.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat stelle ich folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die Durchführbarkeit der Einführung kostenfreier Mittagessen in der Ganztagesbetreuung an öffentlichen Grazer Pflichtschulen nach dem Wiener Modell eingehend zu untersuchen und im Anschluss die Optionen für deren Umsetzung zu prüfen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.27 Verkehrsspiegel St. Leonhard
(GR Pointner, NEOS)**

Die aktuelle Verkehrssituation an der Kreuzung zwischen der Leonhardstraße und dem Odilienweg in Graz erfordert dringend die Installation eines Verkehrsspiegels, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen zu gewährleisten. Besonders für jene, die aus dem Odilienweg kommen, besteht eine erhebliche Sicherheitsgefahr. Die Sicht auf die Verkehrsteilnehmenden, die aus Richtung des Landeskrankenhauses (LKH) kommen, ist äußerst eingeschränkt, was das Risiko von schwerwiegenden Unfällen steigert.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat stelle ich folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin, Mag.a Judith Schwentner wird ersucht, unter Einbeziehung der Anwohner:innen von St. Leonhard ehestmöglich einen Verkehrsspiegel an der beschriebenen Kreuzung zwischen der Leonhardstraße und dem Odilienweg zu installieren, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu verbessern.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.28 Stoppt Parkplatzvernichtung und Autofahrerschikane!
(GR Wagner, FPÖ)**

Die Grazer Bevölkerung steht aufgrund der Verkehrspolitik der Stadtregierung vor großen Herausforderungen. Innerhalb kürzester Zeit wurden 600 Parkplätze gestrichen, ohne adäquaten Ersatz zu schaffen. Dazu kommt das Verkehrschaos infolge des unzureichenden Baustellenmanagements sowie die Ankündigung, Straßen wie die Neutorgasse für den Durchzugsverkehr dauerhaft zu sperren. Über diese Entwicklung klagen sowohl Unternehmer, welche teilweise über enorme wirtschaftliche Einbußen berichten, als auch Arbeitnehmer, die in ihrem Alltag auf ihr Auto angewiesen sind. Sofern sie noch in der Lage sind einen Parkplatz in der Innenstadt zu finden, wird ihnen das Geld über drastisch erhöhte Parkgebühren aus den Taschen gezogen.

Eine vernünftige Verkehrspolitik achtet auf die Interessen sämtlicher Verkehrsteilnehmer und schafft es, den Blick auf das große Ganze nicht zu verlieren. Die Grazer Stadtregierung dagegen, insbesondere Vizebürgermeisterin Schwentner, ignoriert diese Gesamtverantwortung und betreibt ausschließlich Klientelpolitik. Gegen den Willen der Mehrheit setzt sie auf Maßnahmen, deren Hauptzweck in der Diskriminierung der Autofahrer als Verkehrsteilnehmer liegt.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Antrag:

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Die Stadtregierung möge die Parkplatzvernichtung sowie sämtliche weitere autofahrerfeindliche Maßnahmen umgehend unterlassen, um wirtschaftlichen Schaden von den betroffenen Unternehmern abzuwenden und die Lebensqualität aller Grazer, welche auf ihr Auto angewiesen sind, zu bewahren.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.29 Nutzung des Parkplatzes Weblinger Kreisverkehrs (GR Wagner, FPÖ)

Eines der zentralen Ziele der Stadtkoalition ist die Reduktion des Autoverkehrs in der Grazer Innenstadt. Bisher wurden dafür in erster Linie negative Anreize gesetzt, beispielsweise die Streichung von über 600 Parkplätzen. Auf die Schaffung von Alternativen für Autofahrer ist bisher weitgehend verzichtet worden. Darunter leiden große Teile der Grazer Bevölkerung in ihrem Alltag, eine spürbare Verkehrsentlastung ist jedoch nicht zu erwarten.

Aus unserer Sicht muss ein zentraler Fokus auf der Verbesserung der Park-and-Ride-Anlagen liegen. In Webling besteht dahingehend besonderer Handlungsbedarf. Das P&R Webling ist für die vielen Pendler zu klein und daher bereits in den frühen Morgenstunden überfüllt. Dies liegt auch an den dort abfahrenden Reisebussen, da die Reisenden ihre Autos häufig bis zu ihrer Rückkehr in dieser Anlage parken.

Dieses Problem könnte mithilfe der Fläche innerhalb des Weblinger Kreisverkehrs gelöst werden. Dort befindet sich bereits jetzt ein Parkplatz, der jedoch aufgrund der schlechten Anbindung kaum genützt wird. Die Errichtung eines Parkhauses und Verlegung der Reisebushaltestelle an diesen Standort könnte zur dringend notwendigen Entlastung der P&R-Anlage führen. Dafür müsste zudem eine eigene Zu- und Abfahrt im Kreisverkehr geschaffen werden.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag:

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Fläche innerhalb des Weblinger Kreisverkehrs ein geeigneter Standort für die Reisebushaltestelle wäre und damit zur Entlastung der P&R-Anlage Webling dienen könnte.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.30 Lärmbelastung aus Parkanlag
Wagner, FPÖ)**

(GR

Während Parkanlagen für die meisten zur Erholung und Entspannung dienen, haben sie für jene Grazer, die in ihrer Nähe wohnen, oft den gegenteiligen Effekt. Sie leiden unter der Lärmbelastung, welche nicht selten bis tief in die Nacht anhält. Jugendliche Gruppen, teils unter dem Einfluss von Alkohol, nutzen diese Parks als sozialen Treffpunkt und Aufenthaltsort. Sie spielen Musik ab, unterhalten sich und feiern in einer Lautstärke, welche das ortsübliche Maß in der Regel deutlich übersteigt. Das Gespräch mit diesen Gruppen zu suchen ist wenig erfolgsversprechend und auch die Polizei einzuschalten, bringt meist nur eine temporäre Entlastung. Daher ist die Stadt Graz gefordert, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem es gelingen kann, den Betroffenen in solchen Situationen schnell, unkompliziert und dauerhaft zu helfen. Wichtig wäre es, eine Kontaktstelle zu schaffen, an die sich Bürger wenden können, wenn sie aufgrund des Lärms aus Parkanlagen in den Nachtstunden gestört werden. Wird ein Park als Quelle erhöhter Lärmemissionen gemeldet, könnte dieses Problem beispielsweise über eine erhöhte Präsenz der Ordnungswache gelöst werden. In

besonders schweren Fällen ist auch eine nächtliche Schließung der jeweiligen Parks in Betracht zu ziehen.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag:

gem. § 17 der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, entsprechend dem Motivenbericht ein Konzept zum Schutz der Anrainer vor Lärmemissionen aus Parkanlagen zu entwickeln.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.31 Anton-Kleinoscheg-Straße – Druckknopfampel
Pascuttini, KFG)**

(KO)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Mehrfach machten wir die Anton-Kleinoscheg-Straße bereits zum Thema im Gemeinderat. Immer dienten die Anträge der Steigerung der Verkehrssicherheit und somit dem Schutz der Bürger.

Diverse gefährliche Situationen konnten wir dabei beobachten, so überholen – gerade zu Stoßzeiten – Fahrzeuge Busse beim Ein- und Aussteigen. Da die Haltestelle kurz vor einem Schutzweg ist, kam es bereits zu beinahe Unfällen.

Da aus verkehrspsychologischer Sicht eine Einschränkung der Geschwindigkeit rund um die Uhr kontraproduktiv ist und das Überholen dadurch nicht verunmöglicht wird,

soll zum Schutz der Fußgänger am bestehenden Übergang Höhe Sparkasse eine Druckknopfampel mit dementsprechender Beschilderung installiert werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an betreffender Stelle eine Druckknopfampel installiert werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.32 Aufstellungs- und Bewilligungsrichtlinie
Pascuttini, KFG)**

(KO)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund der Grazer Aufstellungs- und Bewilligungsrichtlinie ist das Aufstellen von mobilen Verkaufseinrichtungen nur in maximal 0,8m Abstand zur Hausfassade

möglich. Dies ist vielerorts jedoch für den Geschäftsinhaber kontraproduktiv, da dadurch oft eigene Schaufenster verstellt werden und dieser somit nur das eine oder das andere bewerben kann.

Vor allem wenn vermeintlich viel Platz vorhanden ist, stößt diese Regelung oftmals auf Unverständnis. Tatsächlich kann eine größere Entfernung dem Gesamteindruck eines Platzes oder Fußgängerzone dienlich sein.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Einzelfallprüfung bei beantragten größeren Abständen von Verkaufseinrichtungen zur Gebäudefront möglich ist bzw. in der Richtlinie verankert werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.33 Begehung Müllerviertel/Weixelbaumstraße/Weidweg
Pascuttini, KFG)**

(KO)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Eine E-Mail-Anfrage von unserem Klub an das Straßenamt wurde - für uns unbefriedigend und falsch! - dahingehend beantwortet, dass Begehungen im von einer Verkehrsmaßnahme betroffenen Gebiet nur nach Anfrage der jeweiligen Bezirksvorstehung durchgeführt werden, da - laut Straßenamt - nur diese die Interessen der Anwohner: innen vertritt.

Bei Untätigkeit der Bezirksvorstehung über Monate - wie im gegenständlichen Fall - ist dieser Argumentation folgend ein Gemeinderat, der ein verkehrspolitischen Anliegen umsetzen möchte, zum Warten verdammt und ist eine Umsetzung des Anliegens gar unmöglich, wenn sich die Bezirksvorstehung nicht um dieses Anliegen kümmern will.

Im oben genannten Gebiet ist eine Begehung dringend erforderlich, um von den Anrainern gewünschte Problematiken (Nichteinhaltung des Linksabbiegeverbots, massiver Durchzugsverkehr) dringend von Nöten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Termin mit den Bewohnern des betreffenden Gebiets (Müllerviertel, Weixelbaumstraße, Weidweg) und den Verantwortlichen der Stadt Graz gefunden werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.34 Geschwindigkeitsmessgerät Plabutscherstraße 119
(KO Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Plabutscherstraße ist nicht nur durch die geplanten Baustellen eine wichtige und dadurch viel befahrene Straße, sondern auf Grund teils dichter Bebauung in diesem Gebiet ohnehin.

Ein besonderer Gefahrenbereich ist der Abschnitt Kreuzung Ibererstraße. Da es hier immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt, soll im Bereich der Plabutscherstraße 119 ein Geschwindigkeitsmessgerät aufgestellt werden, um zum einen auf die gefahrene Geschwindigkeit hinzuweisen und zu sensibilisieren und zum anderen Daten über Übertretungen zu gewinnen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an beschriebener Stelle ein mobiles Geschwindigkeitsmessgerät aufgestellt werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.35 Hinweistafel Street-Workout Park
Pascuttini, KFG)**

(KO

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Ausbau von Spiel,-Freizeit,-und Sportplätzen im öffentlichen Raum ist eine wichtige Maßnahme um ein breites Angebot schaffen zu können. Hinweistafeln zu Spielregeln sind dabei genauso wichtig wie die Erklärung verschiedener Übungen bei Sportanlagen.

Bei Street-Workout Anlagen (Functional Training) sorgt die Turnanleitung allerdings für Irritation und teilweise Lächeln. Die Beschreibung der Übungen, wie zum Beispiel „Dreigriff“ oder „Aufsprünge auf die Bank“ erinnern eher an Begriffe aus den 1960er Jahren.

Zudem finden sich im Text mehrere Fehler wie „auf der frischen Luft“ usw. Um hier der Sportstadt Graz gerecht zu werden ist eine Änderung der Tafeln jedenfalls erforderlich.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Hinweistafeln in Street-Workout Parks geändert, korrigiert und modernisiert werden können.

Street workout

Der Street Workout Spielplatz erfüllt die Anforderungen laut Norm ÖNORM EN 16630 und ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Street Workout ist eine gute Gelegenheit für die Erwachsenen und Jugendlichen, die das Fitnesszentrum nicht gern besuchen und die Bewegung auf der frischen Luft bevorzugen. Das Prinzip beruht im Turnen mit eigenem Körpergewicht und trägt zur Verbesserung der physischen Kondition, Kraftentwicklung sowie Ausdauer.

Der Spielplatz ist für Einzelne mit der Mindesthöhe von 140 cm und einem Höchstgewicht von 120 kg bestimmt, die an keine gesundheitlichen Schwierigkeiten und Erkrankungen leiden. Eintritt und Nutzung ist nur auf eigene Gefahr. Die Benutzer sind verpflichtet, sich untereinander zu respektieren und die anderen nicht bedrohen.

Betriebsordnung

- Radfahren verboten
- Rauchen und Umgang mit Feuer verboten
- Alkohol und Drogenkonsum verboten
- Hunde und Tiere verboten
- Manipulation mit der Anlage ohne Genehmigung des Betreibers verboten

- Personen unter 12 Jahren müssen in Begleitung eines Erwachsenen sein
- Körpergröße Mindesthöhe 140 cm
- Höchstgewicht 120 kg
- Halten Sie Ordnung und Sauberheit

GRAZ GBG

Wichtige Telefonnummern
 Notruf 112
 Feuerwehr 122
 Rettungsdienst 144
 Polizei 133

Erstellt von: **e.norm**
 Ihr Partner für einen sicheren Spielplatz!
www.enorm-kinderspielgeraete.at

Turnanleitung

	Brustkorb Trizeps	Rücken Bizeps	Bauch	Beine
1.	Klimmzug mit Kammgriff	Klimmzug mit Ristgriff	Sit-Ups	Dreigriff
2.	Barrenstütz (Dip)	Aufschwung	Seitenlage	Treppen
3.	Liegestütze am Reck	Hangeln	Beinheben auf der Bank	Niedrige Barren
4.	Beinheben im Hang	Klimmzug mit Parallelgriff	Beinheben im Liegestütz	Bulgarische Kniebeuge
5.	Liegestütze - niedrige Bank	Klimmzug mit den Beinen auf dem Boden	Knieheben	Aufsprünge auf die Bank

Street workout

Der Street Workout Spielplatz erfüllt die Anforderungen laut Norm ÖNORM EN 16630 und ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Street Workout ist eine gute Gelegenheit für die Erwachsenen und Jugendlichen, die das Fitnesszentrum nicht gern besuchen und die Bewegung auf der frischen Luft bevorzugen. Das Prinzip beruht im Turnen mit eigenem Körpergewicht und trägt zur Verbesserung der physischen Kondition, Kraftentwicklung sowie Ausdauer.

Der Spielplatz ist für Einzelne mit der Mindesthöhe von 140 cm und einem Höchstgewicht von 120 kg bestimmt, die an keine gesundheitlichen Schwierigkeiten und Erkrankungen leiden. Eintritt und Nutzung ist nur auf eigene Gefahr. Die Benutzer sind verpflichtet, sich untereinander zu respektieren und die anderen nicht bedrohen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

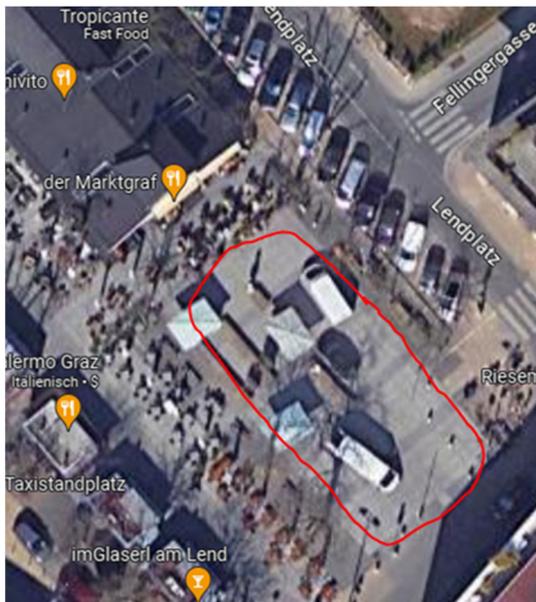
**9.36 Parken am Lendplatz
Pascuttini, KFG)**

(KO

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Lendplatz erfreut sich auf Grund des Bauernmarktes, sowie der ansässigen Gastronomie größter Beliebtheit. Vieles wurde bereits verbessert und weiterentwickelt.

Durch diverse Maßnahmen sind jedoch die Parkplätze in direkter Nähe weggefallen. Zum Ausgleich soll nun der durch eine Schranke gesicherte, südlich gelegene Platz im Rahmen der Marktzeiten für KFZ geöffnet werden. So können auch Personen, die auf Grund von Einschränkungen auf das Fahrzeug angewiesen sind von den regionalen Produkten profitieren und auf kurzem, barrierefreien Weg erreichen.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Nutzung des im Bild markierten Platzes, wie im Motiventext beschrieben möglich ist.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.37 Verkehrskonzept Negrelligasse
Pascuttini, KFG)**

(KO)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Als Beispiel für den gegenständlichen Antrag ist das Gebiet rund um die Negrelligasse anzuführen. Hier gab es bereits Maßnahmen, die zur Verkehrsberuhigung umgesetzt wurden. Durch versetzte Stellplätze soll die Geschwindigkeit und der Parkplatzdruck reduziert werden. Dies funktioniert zum Teil sehr gut, jedoch ist zu befürchten, dass bei Sperre der Unterführung der Peter-Tunner-Gasse der Verkehrsdruck auf diese und andere Gebiete, wie bereits jetzt durch die Sperre der Unterführung Ibererstraße, steigen wird.

Daher sollen bereits jetzt Planungen zur Abfederung von Verkehrsauswirkungen auf Grund großer und langwieriger Bauvorhaben erarbeitet und umgesetzt werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden können.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.38 Öffentliche WC Anlagen
Schleicher, KFG)**

(GR)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In den vergangenen Monaten erreichten uns vermehrt Meldungen über die zu geringe Anzahl an WC Anlagen im öffentlichen Raum. Diese betragen nur rund 50 im gesamten

Stadtgebiet. Vor allem aber an Orten an denen sich in den warmen Monaten viele Menschen aufhalten, sind keine, zu wenige oder zu weit entfernte WC Anlagen.

Daher soll evaluiert werden, an welchen Standorten weitere Anlagen Sinn machen und errichtet werden können.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und wann nach einer stadtweiten Evaluierung weitere WC Anlagen installiert bzw. aufgestellt werden können.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

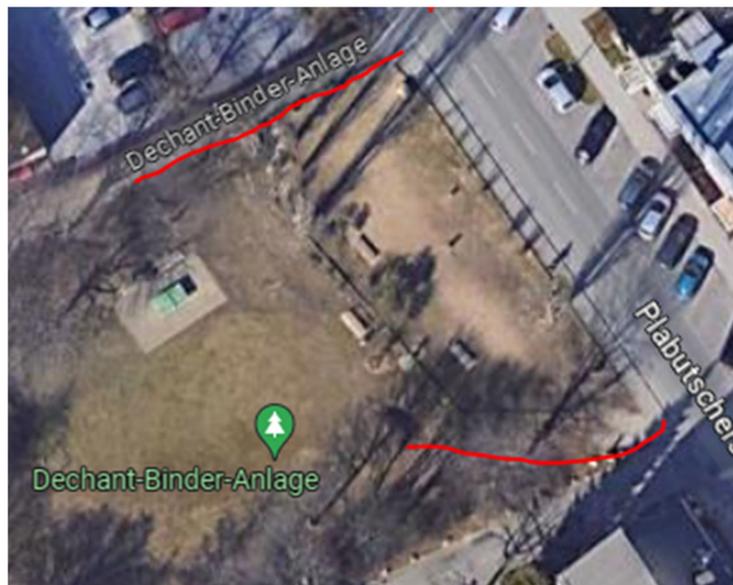
**9.39 Sicherheitsbarriere Gehweg Dechant-Binder-Anlage
(GR Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Göstinger Dechant-Binder-Anlage ist das Zuhause vieler Familien. Der große Spielplatz lädt dabei besonders zum Spielen und Aufenthalt ein. Auch die Hundewiese wird gut angenommen und von vielen Grazern genutzt.

Auf beiden Seiten der Hundewiese gibt es Wege, die auf die Plabutscherstraße führen. Diese ist zwar eine 30er Zone, jedoch entstehen bei diesen zwei Wegen oft Gefahrenmomente, da hier Kinder und Jugendliche mit Fahrrädern und Scootern mit teils hoher Geschwindigkeit ihren Bremsweg nicht mehr einschätzen können.

Auch wenn die Gefahrenmomente vermeintlich eine geringe Anzahl im Vergleich zu den Bewohnern ausmachen, ist doch jede potenziell gefährlich und mit geringem Aufwand zu verhindern.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und wann eine geeignete Barriere (Hindernis) errichtet werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.40 Hundewiese in allen Grazer Bezirken
Wagner, FPÖ)**

(GR

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Bezirke Geidorf, Lend, Gries, Jakomini, Liebenau, Sankt Peter, Waltendorf, Gösting, Eggenberg, Wetzelsdorf, Straßgang und Puntigam verfügen bereits über eine Hundewiese, nur im Bezirk Ries sowie in wenigen anderen Grazer Bezirken fehlt eine solche Auslaufläche für den besten Freund des Menschen (Quelle: https://www.graz.at/cms/beitrag/10087324/7911309/Hunde_in_Graz_Hundewiesen.html)

„Die Woche“ berichtete am 28. Juli 2023 hierzu wie folgt: „In zwölf der 17 Grazer Stadtbezirke gibt es sie bereits. Dass man im durchaus ländlich geprägten Ries zwar weitläufige Flächen und Waldstücke, jedoch keine offizielle Hundewiese findet, wollen die Freiheitlichen ändern. ‚Ries ist bereits enorm lebenswert und trotzdem muss eine stetige Weiterentwicklung der Infrastruktur vor Ort im Fokus verantwortungsvoller Bezirkspolitik liegen‘, so der blaue Bezirksparteiobmann Jürgen Angerer. Aus seiner Sicht wäre ‚die Schaffung einer eigenen Hundewiese dringend notwendig und würde auch eine weitere Aufwertung des Freizeitangebots darstellen‘.“ (Quelle:

https://www.meinbezirk.at/graz/c-politik/freiheitliche-fordern-hundewiese-im-bezirk-ries_a6185936)

Es ist nicht hinzunehmen, dass einige wenige Grazer Bezirke bei den Angeboten für Vierbeiner vergessen werden. Es braucht daher konkrete Pläne, bis wann dementsprechende Flächen endlich zur Verfügung gestellt werden. Gegebenenfalls muss diesem Anliegen auch mit Unterschriftenlisten Nachdruck verliehen werden.

Im Rahmen des folgenden Antrags soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz eine rasche Überprüfung der Sachlage erwirkt werden. Ziel muss es sein, für alle Bezirke dasselbe Angebot zur Verfügung zu stellen.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, in allen Grazer Bezirken Hundewiesen zur Verfügung zu stellen und dahingehend einen konkreten Plan vorzulegen, bis wann und an welchen Standorten in jenen Grazer Bezirken ohne Hundewiese eine ebensolche bereitgestellt respektive eingerichtet wird.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.41 Mehr Schatten in Grazer Freibädern
Wagner, FPÖ)**

(GR

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Grazer Freibäder waren gerade in den vergangenen Monaten ein wichtiger Anlaufpunkt für tausende Grazer. Das Freizeitangebot in der Landeshauptstadt trägt wesentlich zur Lebensqualität der Bürger bei. Aufgrund einiger Anregungen aus der Bevölkerung wurde die FPÖ darauf aufmerksam, dass im Bereich der Freibäder punktuell ein Verbesserungsbedarf besteht, was die Beschattungssituation anbelangt. Der Grazer berichtete im Sommer bereits über die Causa:

„Der Bezirksobmann der FPÖ Graz-Ries Jürgen Angerer sieht nach einem Besuch im Ragnitzbad Handlungsbedarf beim Sonnenschutz. Laut dem freiheitlichen Bezirkspolitiker sollten die Beschattungsmöglichkeiten dringend verbessert werden.

„Das Freibad ist eine Institution in der Stadt Graz und gerade in den heißen Sommertagen ein idealer Ort zur Abkühlung. Es wäre aber wichtig, wenn mehr Bäume am Gelände gepflanzt werden würden, um die Schattenplätze auszuweiten. Zudem würde dies auch das Freizeitbudget der Grazer entlasten, würde doch das Ausleihen von Sonnenschirmen entfallen. Aus umweltpolitischer Sicht ist gegen den ein oder anderen Baum mehr auch sicherlich nichts einzuwenden“, erklärt Angerer und verweist auf die Eigentümerschaft der Stadt Graz.

(Quelle: <https://grazer.at/de/69S9at1Y/schatten-dringend-gesucht-in-den-grazer-ehlen/>)

Im Rahmen des folgenden Antrags soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Holding Graz eine rasche Überprüfung der Sachlage erwirkt werden. Ziel muss es sein, für die kommende Badesaison eine verbesserte Beschattungssituation sichergestellt zu haben. Natürlich ist die Erwägung alternativer

Beschattungsmaßnahmen – also abseits der vorgeschlagenen Bäume – ebenfalls zu erwägen.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, die Beschattungsmöglichkeiten in den Grazer Freibädern, die im Wirkungsbereich der Holding Graz liegen, zu evaluieren und die Verbesserung durch die Pflanzung geeigneter Bäume zu prüfen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.42 Parkplatzsituation am Bischofplatz wiederherstellen
Wagner, FPÖ)**

(GR

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Kleinen Zeitung vom 13. August 2022 war folgendes zu lesen:

„[...] ‚Ja, der Bischofplatz ist ab sofort eine temporäre Begegnungszone‘, klärt Schwentner, direkt vor der blau umrandeten Tafel stehend, auf. Temporär deshalb, weil ja – nach einem Gestaltungswettbewerb – die fixe Etablierung einer

Begegnungszone in Kombination mit dem Tummelplatz geplant ist. In einem ersten Schritt wurden nun nicht nur die entsprechenden Hinweistafeln aufgestellt, auch Parkplatzmarkierungen wurden schon schwarz übermalt. Und rote Sitzbänke, von ‚City of Design‘ zur Verfügung gestellt, platziert. ‚Der Bischofplatz zwischen Tummel- und Glockenspielplatz ist ein kleines Juwel in der Innenstadt, das künftig mit Sitzelementen, Radabstellplätzen und Bäumen als schattige Ruhezone sein ganzes Potenzial ausschöpfen wird‘, hatte Schwentner bereits im Februar angekündigt. Und damit nicht nur Applaus geerntet, fallen doch insgesamt rund 20 Parkplätze weg - jene für Lenker mit Behinderung bleiben aber. Wer (vor lauter Gewohnheit) dennoch sein Auto abstellt, hat in der Übergangsphase in den nächsten Tagen noch nichts zu befürchten,‘ betont Schwentner.“

(Quelle: https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6176900/20-Parkplaetze-fallen-weg_Sitzbaenke-statt-Parkplaetze_Grazer)

Aus Sicht der Freiheitlichen Fraktion ist die geplante Neugestaltung völlig misslungen. Nicht nur die fragwürdige „Übermalung“ der bisherigen Parkplatzmarkierungen, sondern auch die aufgestellten Sitzmöbel, stellen keineswegs eine optische Aufwertung des Platzes dar. Zudem ist die geringe Frequentierung der Sitzgelegenheiten ein Beleg dafür, dass diese dort völlig deplatziert sind. Es sind jedoch wiederum wichtige Parkflächen für diesen höchst fragwürdigen Neugestaltungsansatz wegrationalisiert worden, wogegen sich die FPÖ ausspricht.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert,

1. den Rückbau des Bischofsplatzes zu veranlassen und die rasche Wiederherstellung der ursprünglichen Parkplatzsituation sicherzustellen
2. dem Gemeinderat über die Umsetzung der entsprechenden Schritte Bericht zu erstatten.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.43 Rückhaltebecken für die Ragnitz und das Stiftingtal (GR Wagner, FPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit vielen Jahren wird im Grazer Stadtgebiet durch den Bau von Rückhaltebecken versucht, die Folgen von Starkregenereignissen abzumildern und die Wassermassen einzufangen. Nach dem Jahr 2005, als ein Großteil der 52 Bäche über das Ufer trat, wurde über das 2006 angelaufene „Sachprogramm Grazer Bäche“, ein Arbeitsübereinkommen zwischen Stadt, Land und Bund, de facto jedes Jahr ein Rückhaltebecken in der Landeshauptstadt gebaut. Die Definition des Programms lautet wie folgt: „Das Sachprogramm Grazer Bäche ist ein Arbeitsprogramm, welches als wesentliches Ziel die Hochwassersanierung der Grazer Siedlungsräume zum Inhalt hat. Die Bearbeitung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt, Land und Bund.“ (Quelle: https://www.graz.at/cms/beitrag/10396282/7969121/Sachprogramm_Grazer_Baeche.html)

Die „Kleine Zeitung“ berichtete am 10. August nach den starken Regenfällen von Anfang August 2023, dass größere Schäden in Graz dank der Umsetzung des Programms ausblieben. Zudem seien etwa noch der vierte Bauabschnitt beim

Schöcklbach und das Becken Messendorferbach in Umsetzung. (Quelle: https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6313638/Rueckhaltebecken-wirken_Warum-Graz-vom-Hochwasser-verschont)

Wirft man einen Blick in den online auf der Homepage der Stadt Graz aufzurufenden und offenbar aktuellen Folder zum Sachprogramm, so wird ersichtlich, dass es keinerlei Pläne für den Stiftingtal- und den Ragnitzbach gibt. (Quelle: https://www.graz.at/cms/dokumente/10396282_7969121/f5ad3cce/SAPRO_Folder_2022_DIGITAL.pdf)

Dies stimmt umso bedenklicher, wenn man sich die schweren Regenfälle im Grazer Bezirk Ries vom Mai 2023 vor Augen führt. Bei näherer Betrachtung wird ersichtlich, wie lange der Grazer Osten auf eine Lösung wartet, denn bereits im August 2020 forderte der nach wie vor amtierende ÖVP-Bezirksvorsteher Josef Schuster, als im Osten der Stadt Bäche über die Ufer traten und Keller ausgepumpt werden mussten, den Bau von mehreren kleinen Rückhaltebecken sowie die Lösung des Problems von Hangwasser. (Quelle: https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/rueckhaltebecken-ries-hofft-auf-loesung_a4182294)

Nur ein Jahr später monierte Schuster im Juli 2021, dass er nicht verstehe, warum das Sachprogramm noch immer nicht adaptiert worden sei: „Letztes Jahr hatten wir Riesenprobleme bei den Unwettern. Vor allem Ragnitz- und Stiftingbach werden schnell zur Gefahr. Ich verstehe nicht, wieso diese zwei und vor allem wichtigen Bäche nicht im ‚Sachprogramm Grazer Bäche‘ der Stadt Graz aufgenommen wurden. Sie fließen immerhin auch in die Stadt und haben schon großen Schaden im Bezirk angerichtet – und das geht schon seit vielen Jahren so, nicht nur letzten Sommer.“ (Quelle: <https://grazer.at/de/YecJx5Ts/moegliches-hochwasser-in-graz-gefaehrlich-sind-die/>)

Nachdem zwei Jahre lang keine Lösung für mögliche Starkregenereignisse in Ries präsentiert werden konnte, war es nicht verwunderlich, dass eines Tages die Problematik wieder akut werden würde. Das Onlineportal des „ORF Steiermark“ wusste am 24. Mai 2023 wie folgt darüber zu berichten: „In und um Graz ist Dienstagnachmittag ein heftiges Gewitter mit Starkregen und Hagel niedergegangen. Straßen und Keller wurden überflutet, einige Bäume entwurzelt. Aber auch in den Umlandgemeinden kam es zu Feuerwehreinsätzen. Die Hagelversicherung spricht von zwei Millionen Euro Schaden in der steirischen Landwirtschaft. Gegen 14.00 Uhr ging eine heftige Gewitterzelle nieder, betroffen waren vor allem die Grazer Bezirke St. Peter und Ries, wo Sturmböen vereinzelt Bäume umknickten und auch mehrere Keller überflutet wurden – insgesamt wurde die Grazer Berufsfeuerwehr zu etwa 100 Einsätzen gerufen.“ (Quelle: <https://steiermark.orf.at/stories/3208641/>)

Die Grazer FPÖ nahm dies zum Anlass, die regen Bautätigkeiten der letzten Jahre zu kritisieren, die einerseits Hangwasser produzieren und andererseits auch das örtliche Kanalsystem an die Belastungsgrenzen bringen. Darüber hinaus wurde eine umgehende Evaluierung der Überschwemmungen in den betroffenen Gebieten und anschließende Sicherheitsmaßnahmen, die bei künftigen Starkregenereignissen Schäden minimieren sollen, gefordert. (Quelle: https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/fpoe-bezirksgruppe-fordert-kanalausbau-in-ries_a6074118)

Auch im August 2023 kam es noch einmal zu starken Regenfällen, die dieses Mal jedoch ohne größere Schäden endeten. Da weiterhin keine Lösung in Sicht war, forderte die FPÖ endlich ein gemeinsames Vorgehen ein. „Der Grazer“ berichtete darüber am 27. August 2023: „Der Bezirksvorsteher von Graz-Ries, Josef Schuster, wiederholt es gebetsmühlenartig: Für den Ragnitzbach und den Stiftingtalbach werden Rückhaltebecken gefordert, sonst werden beim nächsten Starkregen aus den harmlosen Bächen wieder reißende Flüsse. Nicht zu vergessen das Hangwasser, das zu neuen Rutschungen führen wird. Jetzt wirft sich auch die FPÖ Ries ins Geschehen und

will, dass auch das Land hier unterstützend eingreift.“ (Quelle:
<https://grazer.at/de/VyRd27UK/hochwasser-rueckhaltebecken-offensive-in-ries-und>)

Die Freiheitliche Fraktion im Landtag Steiermark hat eine entsprechende Anfrage an den zuständigen Landesrat Johann Seitinger eingebracht, um abzuklären, welche Schritte bislang im Grazer Osten gesetzt wurden. Darüber hinaus soll mit dem vorliegenden Antrag auch die Stadtregierung aufgefordert werden, in der gegenständlichen Angelegenheit schleunigst tätig zu werden und einen entsprechenden Hochwasserschutz für die Ragnitz und das Stiftingtal einzurichten, um zukünftige Schadensereignisse abzumildern oder überhaupt zu verhindern.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf die sich in jüngster Vergangenheit mehrenden Hochwasserereignisse in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark entsprechende Hochwasserschutzmaßnahmen für die Ragnitz sowie das Stiftingtal zu prüfen und folglich umzusetzen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.44 Gefahrenstelle St. Peter Hauptstraße/Petrifelderstraße
Wagner, FPÖ)**

(GR

Im Bereich der Kreuzung St. Peter Hauptstraße/Petrifelderstraße kommt es häufig zu gefährlichen Situationen für Fußgänger. Betroffene Bürger berichten beispielsweise über Autofahrer, die beim Abbiegen den engen Gehsteig schneiden, bei Rot in die Kreuzung einfahren oder auf den Zebrastreifen anhalten.

Dringender Handlungsbedarf besteht aufgrund der Nähe zur Volksschule St. Peter. Viele Kinder nutzen diese Kreuzung auf ihrem Heimweg und sind aufgrund der Verkehrssituation besonders gefährdet.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Das Straßenamt möge Maßnahmen prüfen, um die Verkehrssicherheit bei der Kreuzung St. Peter Hauptstraße/Petrifelderstraße insbesondere für Schulkinder zu verbessern.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.45 Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Oberen Teichstraße
Wagner, FPÖ)**

(GR

Auf Höhe der Oberen Teichstraße 11-14 kommt es vermehrt zu gefährlichen Situationen für Fußgänger sowie Autofahrer. Der Gehsteig entlang dieser Straßenstelle ist äußerst schmal und bietet kaum Platz für Passanten. Das Hauptproblem liegt darin,

dass viele Autofahrer aufgrund der beengten Straßenverhältnisse zu nah am Gehsteigrand fahren, was zu einer ernsthaften Gefahr für alle Beteiligten führt. Aufgrund dessen ist es notwendig, die Implementierung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen zu prüfen. Denkbar wäre etwa die Verbreiterung des Gehsteigs oder die Errichtung einer physischen Barriere zwischen dem Gehsteig und der Straße, so wie dies bereits an vielen anderen Gefahrenstellen in Graz umgesetzt wurde. Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Das Straßenamt möge die Implementierung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Fußgänger und Autofahrer auf Höhe der Oberen Teichstraße 11-14 prüfen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.46 Verkehrskonzept Bildungseinrichtungen Puntigam (GR Wagner, FPÖ)

Im Bereich rund um die Nippelgasse im Bezirk Puntigam befindet sich ein Kindergarten, eine Volksschule und eine Mittelschule. Aufgrund des Hol- und Bringverkehrs zu diesen Bildungseinrichtungen kommt es zu erhöhtem Verkehrsaufkommen in den umliegenden Straßen. Vor allem im ruhigen Wohngebiet nördlich der Nippelgasse entsteht dadurch für Anrainer eine unerwünschte Lärmbelastung. So wurde uns etwa berichtet, dass viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto über die Piccardigasse zur Schule führen und teilweise sogar von dort rechtswidrig in die Nippelgasse einfahren. Es braucht hier ein Verkehrskonzept, welches den Eltern ermöglicht, ihre Kinder sicher zu

diesen Bildungseinrichtungen zu bringen bzw. von diesen abzuholen und gleichzeitig dazu dient, die Verkehrsbelastung in den umliegenden Wohngebieten gering zu halten. Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Das Straßenamt wird ersucht, eine geeignete Verkehrslösung zu finden, um den Eltern das sichere Zufahren zu den Bildungseinrichtungen in der Nippelgasse/Gradnergasse zu ermöglichen, ohne zugleich das Verkehrsaufkommen in den umliegenden Wohngebieten signifikant zu erhöhen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.47 Beleuchtung Busunterführung Puntigam
Winter, KFG)**

(GR

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In mehreren Beantwortungen wurde uns mitgeteilt, dass die Straßenbeleuchtung in Graz zu einem großen Teil in die Jahre gekommen ist. Dass nach wie vor nicht flächendeckend Verbesserungen vorgenommen werden können, liegt an der angespannten Budgetsituation.

Nach einem Termin vor Ort bei der Busunterführung zwischen der Endstation Puntigam und der Haltestelle Ikea, wurde erkannt, dass die gesamte Unterführung über gar keine Beleuchtung verfügt.

Auch kam es laut Fahrern und Fahrgästen bereits zu brenzligen Situationen, die „noch“ zu keinen Unfällen führten, diese werden allerdings zunehmend befürchtet.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis die Unterführung mit einer Beleuchtung ausgestattet werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.48 Parkplatz Bad Straßgang Winter, KFG)

(GR

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Das „Straßganger Bad“ und der dahinterliegende Campingplatz sind ein beliebtes Freizeitziel für viele Grazer und Besucher aus dem Um-und Ausland.

Der Parkplatz vor dem Bad ist jedoch bereits in die Jahre gekommen und muss dringend erneuert werden. Sobald es regnet, ist an ein Aussteigen an vielen

Stellplätzen nicht mehr zu denken. Zudem sind die Holzeinfassungen zum Schutz der Bäume teils in einem desolaten Zustand.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Verbesserungen bzw. Instandsetzungen des Parkplatzes laut Motiventext möglich sind.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.49 Trinkbrunnen im öffentlichen Raum
Winter, KFG)**

(GR

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Ein großes Ziel der Sportstadt Graz ist es ein vielseitiges Freizeit- und Bewegungsangebot für alle Altersklassen zu schaffen. Es entstehen neue Sportanlagen, Spielplätze und Parks. Dabei ist nicht nur die Ausstattung mit Sport- und Freizeitgeräten sowie Sitzmöglichkeiten wichtig, sondern auch die Versorgung mit Trinkwasser. Vielerorts sind diese Trinkbrunnen bereits installiert, teilweise jedoch außer Betrieb.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Möglichkeit besteht, möglichst viele Plätze,-Sport-und Freizeitanlagen und dergleichen mit Trinkbrunnen auszustatten und über den Zustand, Anzahl und Standorte der bestehenden Trinkbrunnen zu berichten.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.50 Gebührenstopp für Grazer Haushalte
Wagner, FPÖ)**

(GR

Die allgegenwärtige Teuerung trifft viele Grazer hart. Die immer weiter steigenden Preise machen das alltägliche Leben unleistbar und treiben selbst berufstätige Menschen in die Armut.

Gerade in Zeiten wie diesen müsste die Grazer Stadtregierung eingreifen, um die Bürger zu entlasten.

Tatsächlich tut sie, entgegen sämtlicher Wahlversprechen, das genaue Gegenteil. Die Müll- und Kanalgebühren wurden durch die linke Stadtregierung bereits um 10,5% erhöht, die Parkgebühren sogar 25% bzw. 30%. Weiters wurden zukünftige Kürzungen sozialer Leistungen angekündigt, beispielsweise beim Zuschuss zur Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr oder bei der SozialCard.

Die Stadtregierung trägt damit einen maßgeblichen Anteil zu den immer höher werdenden Lebenshaltungskosten in unserer Stadt bei. Die Behauptung, dass diese Erhöhungen budgetär zwingend notwendig wären, wirkt im Hinblick darauf, dass dennoch mehrere Millionen Euro für Prestigeprojekte wie dem Umbau des Tummelplatzes vorhanden sind, wie blanker Hohn.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Die Stadtregierung möge sowohl die beschlossene Erhöhung der Müll- und Kanalgebühren als auch jene der Parkgebühren rückgängig machen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Manfred Eber

Schriftführer und Schriftprüfer:

Der Schriftführer:
i.V. Mag. Helmut Schmalenberg

Der Schriftprüfer:
GR Günter Wagner

wörtliches Protokoll erstellt von: Schriftleitung